



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24821 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/172 - 2. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Das Presseamt und die Pressefreiheit Wohin Steuergelder fließen	90
3	"Hinter den Kulissen" Diplomatische Manöver und ihre Folgen	55
4 - 5	Stiefkinder des Wirtschaftswunders Kriegsopfer und Unfallversehrte kämpfen um ihre Rente	67
6	Kinderarbeit in der Zone Ausbeutung auf die Spitze getrieben	35

\* \* \* \*  
\* \* \*

### Das Presseamt und die Pressefreiheit

W.P. - Als amtliche Institution der Bundesregierung dient das Presse- und Informationsamt hauptsächlich der Aufgabe der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die politischen Ziele der Regierung und der Information der Regierung über die in- und ausländische öffentliche Meinung. Es dürfte kaum jemand geben, der daran etwas auszusetzen hätte. Daß dieses Amt aber seit acht Jahren einer ständig wachsenden Kritik ausgesetzt ist, liegt an der ihm innewohnenden Tendenz, sich zum "Propagandaamt" zu entwickeln, und der so häufigen mißbräuchlichen Verwendung seiner Mittel für parteipolitische Zwecke.

Es dürfte sich erübrigen, diese Behauptung im einzelnen zu begründen. Man wird sich an einige eklatante Fälle erinnern; etwa an die Förderung einer parteipolitisch sehr einseitigen Frankfurter Korrespondenz, an die Tatsache, daß einzelnen Persönlichkeiten der katholische "Rheinische Merkur" unaufgefordert und kostenlos über das Presseamt zuging, daß ein so nationalistisches Organ wie die "Deutsche Soldatenzeitung" jahrelang Zuschüsse erhielt. Man erinnert sich der Umstände um das einmal geplante "Mix-Magazin" und um die Propaganda-Illustration "Bleib im Bild", deren kurzlebiges Dasein dem Steuerzahler gleich über eine Million D-Mark kostete.

Das waren stets Einzelfälle. Adenauer, als Verantwortlicher für das Bundeskanzleramt, verweigerte bei den Etatberatungen grundsätzlich die Bekanntgabe der Art der Verwendung der Fonds des Kanzleramtes, obwohl damit am leichtesten allen Vorwürfen einer parteipolitisch einseitigen Verwendung der Böden entzogen worden wäre. Erst der Beschluß des Verteidigungsausschusses, eine Liste der vom Presse- und Informationsamt subventionierten Publikationen anzufordern, soweit die 8,322 Mill. DM aus dem Verteidigungshaushalt für Öffentlichkeitsarbeit in Anspruch genommen werden, bringt erstmalig Licht in die geheimnisvolle pressepolitische Arbeit des Amtes. Wenn auch nicht gleich Aufschlüsse über sämtliche Fonds des Kanzlers zu erhalten gewesen sind, nicht also über den 12,2 Mill. DM Reptilienfonds "zur Förderung des Informationswesens" etwa, so sah sich das Presse- und Informationsamt innerlich gezwungen, eine Liste der von ihm geförderter Publikationen vorzulegen und damit seine Arbeitsmethoden zu offenbaren.

Daß die Liste dem Verteidigungsausschuß im übrigen jetzt vorge-

legt wurde, ist sicherlich mehr einem Zufall zu verdanken, da bei der Abstimmung im Ausschuß nur eine Minderheit von ODU-Abgeordneten anwesend war. Wenn der Bundespressechef auch erklärt hat, die vorgelegte Liste sei nicht vertraulich, und der Fords zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit für Verteidigungsaufgaben unterliege ohne Einschränkung der parlamentarischen Kontrolle, so steht doch auch fest, daß das Parlament über diese Einzelheiten bisher nicht unterrichtet gewesen ist.

Auf jeden Fall stellt die vom Presse- und Informationsamt vorgelegte Liste einen anschaulichen Beweis für die These der Opposition dar, daß von diesem Amt öffentliche Mittel für parteipolitische Propagandazwecke ausgegeben worden sind. Denn fast eine Million D-Mark flossen in den vergangenen Monaten allein in die Regierungspropaganda gegen die Atomtod-Aktion der SPD, die während des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielte. 650 000 DM allein kosteten zwei Plakate, 242 000 DM wurden für Zeitungsinserate ausgegeben. 500 000 Flugzettel "Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt" ließ die Regierung auf Staatskosten während des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen verbreiten.

Die Angaben in der Liste zeigen überdies, auf welche Weise die Regierung die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" in den Genuß öffentlicher Mittel gelangen läßt. Dem Leiter dieser Arbeitsgemeinschaft werden 100 Exemplare eines von ihm verfaßten Buches zum Einzelpreis von DM 23,60 abgenommen. Die politischen Informationsbriefe der ADK, soweit sie wehrpolitische Fragen betreffen, werden aus dem Verteidigungsfonds finanziert. Die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise", die als Verteilungsorganisation für Propagandamaterial größten Stils dient, verfügt über eine in die hunderttausende gehende Adressenkartei. Von hier aus wurde die Erklärung der sieben katholischen Moraltheologen zugunsten der Atomwaffen ebenso verbreitet, wie eine Erklärung schweizerischer Sozialdemokraten in der Atomfrage. Alles das bezahlte das Presseamt und damit der Steuerzahler.

Bemerkenswert ist auch die Teilfinanzierung von 350 000 Exemplaren der "Neuen Bildpost". Hierbei handelt es sich keineswegs um eine x-beliebige Zeitschrift. Über die "Neue Bildpost" - ein im Boulevard-Blatt-Stil gehaltenes katholisches Massenblatt - wurde während der Bundestagswahlkämpfe und auch im nordrhein-westfälischen Wahlkampf massivste Gottloserpropaganda gegen die SPD betrieben und deren Politik mit den Zielen des Kremls in einen Topf geworfen. Die Zeitung liegt in allen katholischen Kirchen aus und wird von den Kanzeln zur Lektüre empfohlen. Wenn die Regierung es für vertretbar hält, ein Blatt dieses Niveaus aus öffentlichen Mitteln zu fördern, dann liegt darin gleichzeitig das Einverständnis mit der darin ständig zu findenden Verleumdungspropaganda gegen die Sozialdemokraten.

Das Verfahren der Subventionierung einzelner Zeitungen, die ihren regierungsfreundlichen Kurs nachweisen oder die Regierungspolitik bei einzelnen Aktionen unterstützen, führt zur Bedrohung der Unabhängigkeit der Presse sowie zu ihrer Korruption. Bisher kennen wir nur wenige Zeitungen, die solche Zuschüsse erhalten. Wo bleibt eine Liste der Zeitungen, die aus Adenauers großem Reptilienfonds gefördert werden? Wann ist mit seiner Liste zu rechnen, auf der sich Zeitschriften befinden, wie das "Neue Journal" oder die "Politische Meinung", die Zuschüssen aus Fonds des Presseamtes überhaupt ihr Entstehen verdanken? Es wird Zeit, daß auch hierüber eine Aufklärung erfolgt.

"Hinter den Kulissen"

E. E. D. Wenige Stunden vor Abschluss der Londoner Konferenz, an der die USA- Grossbritannien, die Türkei, der Iran und Pakistan teilgenommen hatten, wurden Beamte des amerikanischen militärischen Nachrichtendienstes durch Meldungen in Aufregung versetzt, denen zufolge die Türkei plane, durch einen militärischen Alleingang im Nahen Osten eine politische Bereinigung zugunsten der "Bagdadpakt"-Idee herbeizuführen. Der sofort benachrichtigte Aussenminister der Vereinigten Staaten, John Foster Dulles, erhielt auf Befragen von seinem türkischen Kollegen eine ausweichende Antwort. Da aber die Zeit drängte, und auch Teheran und Karachi sich den anglo-amerikanischen Beschwichtigungsversuchen gegenüber sehr kühl verhielten, sah sich Dulles gezwungen, eine bis dahin sorgsam gehütete diplomatische und politische Trumpfkarte der USA auszuspielen: er sicherte den Aussenministern der drei islamischen Staaten zu, die amerikanische Regierung werde noch vor Ablauf des nächsten halben Jahres die volle Mitgliedschaft Amerikas im "Bagdad"-Pakt offiziell verkünden. (Zur Stunde gehören die USA diesem Bündnissystem nur als assoziiertes Mitglied in drei Ausschüssen an). Obwohl die Nahost-Experten des State Departments ihrem hohen Chef von einem solchen Engagement abrieten, glaubte er zu diesem Schritt gezwungen zu sein, einmal um die Anerkennung der neuen irakischen Regierung in Ankara, Teheran und Karachi durchsetzen zu können, zum anderen um die Türken von einer militärischen Intervention in Irak und Syrien abhalten zu können.

Dulles scheint sich angewöhnt zu haben, mehr auf den Rat des amerikanischen Abwehrdienstes als auf die Empfehlungen der diplomatischen Vertreter der USA in den nahöstlichen Ländern zu hören. Denn wie bekannt wurde, hatte seinerzeit Robert McClintock, Botschafter Amerikas in Beirut, vor einer Landung amerikanischer Truppen im Libanon gewarnt. Seiner Meinung nach entbehrte die Rechtfertigung Washintons zu diesem Schritt jeder Grundlage, denn eine subversive Tätigkeit Nasserscher Sondboten sei nicht festzustellen. Der Chef des US-Abwehrdienstes im Libanon war genau der entgegengesetzten Meinung. Ihr schloss sich der Aussenminister an.

Ungefähr zur gleichen Zeit musste Grossbritannien feststellen, dass seine diplomatischen Aktionen, die Türkei und Griechenland zu einem "Stillhalte-Abkommen" in der Zypernfrage zu veranlassen, gescheitert waren. Zwar hatte Ankara ein solches Abkommen zugesichert, wenigstens solange die Spannungen in Nahost andauern würden. Die Türken aber liessen später durchblicken, dass das "gentleman agreement" hinfällig sei, da die USA und England nicht in den Irak einmarschiert seien, wie es Ankara immer wieder gefordert habe. Es ist ein offenes Geheimnis in den westlichen Hauptstädten, dass die Türkei trotz offizieller Erklärungen in London und trotz der eingangs vermerkten Zusicherungen des amerikanischen Aussenministers nach wie vor auf eine militärische Aktion drängt. Die Sorgen des State Department in dieser Richtung erscheinen grösser als der offizielle Optimismus es wahrhaben will. Aus diesem Grunde wird ersichtlich, warum die Bonner Regierung so schnell die neue irakische Regierung anerkannte, obwohl man kurz vorher noch hören konnte, dies habe noch Zeit. Das State Department hatte Bonn bewogen, um die Türkei auch von dieser Seite aus unter einen "gewissen" Druck zu setzen. Denn Ankara ist auf die Bundesrepublik und ihre finanzielle Vermittlung in der CEEC angewiesen. Amerikanische Senatoren in Washington machten keinen Hehl daraus, dass Dulles Bonn vorgeschickt habe. Trotz alledem aber geht der diplomatische Kampf weiter.

### Stiefkinder des Wirtschaftswunders

K. J. Bisher hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, daß im Zuge einer echten Sozialreform die verstaubten "Knochentabellen" des Schwerbeschädigtengesetzes und der Unfallversicherung einer humaneren und sozial gerechteren Regelung Platz machen. Im Gegenteil: während nichts geschieht, um die Kriegsopferversorgung endlich von Grund auf zu reformieren und die Leistungen anzuheben, will die Bundesregierung sogar die Leistungen der Unfallversicherung abbauen.

Die bisherigen Flickschustereien am Bundesversorgungsgesetz haben den Kriegsopfern wenig geholfen. Wenn einer durch Kriegseinwirkungen nur noch zur Hälfte erwerbsfähig ist, bekommt er für diese empfindliche Minderung seiner Leistungskraft monatlich ganze 48 DM Grundrente als "Entschädigung". Wer ein Bein verlor, darf für dieses Opfer auf dem Altar des Kriegswahnsinns 80 DM kassieren. Der völlig Erwerbsunfähige muß sich mit 140 DM Grundrente monatlich begnügen - schafft er es dennoch, nebenher ein paar Mark zu verdienen, schneidet man ihm sofort wieder ein Stück von der parallel laufenden Ausgleichsrente ab.

Das System der miteinander im steten Streit liegenden Grund- und Ausgleichsrenten ist ebenso kompliziert, wie veraltet und unsozial. Immer wieder werden die Forderungen laut, die ganze Kriegsopferversorgung an das Recht der Angestellten- und Invalidenversicherung anzugleichen und die Leistungsvoraussetzungen gründlich umzustellen. Jetzt hat der Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten einen neuen Vorstoß unternommen, der alle Aufmerksamkeit verdient. Sein Programm: die soziale Betreuung der Beschädigten, die Arbeits- und Berufsförderung darf nicht länger im deckbaren Rahmen von Ermessensentscheidungen bleiben, die eine Art gehobener Fürsorgeleistung darstellen, sondern muß als Rechtsanspruch im Sozialgerichtsbarkeitsverfahren auch eingeklagt werden können.

Nach dem Reichsbund-Vorschlag ist das System von Grund- und Ausgleichsrente durch ein sinnvoll korrespondierendes Reglement zwischen einer zum Teil über 100 Prozent erhöhten Beschädigtenrente und einer in vier Stufen gestaffelten Berufsschadenzulage zu ersetzen. Die Berufsschadenzulage darf nicht mehr, wie das bei der Ausgleichsrente geschah, auf das sonstige Einkommen angerechnet werden. Diese Forde-

rung ist nur zu berechtigt. Sehr viele Schwerbeschädigte sind im Existenzkampf hoffnungslos ihren gesunden Mitbürgern unterlegen und müssen gegen geringe Entlohnung in fremden Berufen arbeiten - andere wieder konnten zwar im erlernten Beruf bleiben, können diesen aber nur unter Aufbietung außergewöhnlicher Tatkraft ausüben, verschleifen dabei ihre letzten Reserven und werden weit vor der Zeit völlig invalide. Diesem Personenkreis einen stärkeren finanziellen Rückhalt zu geben, ist einfach unerlässlich, soll der Schwerbeschädigte nicht zum Paria unter seinen Berufskollegen werden.

Sehr wesentlich ist auch die Forderung nach günstigeren Leistungsvoraussetzungen. Während bisher nur ein Beschädigter rentenberechtigt war, dessen Erwerbsminderungsgrad über 50 Prozent lag, soll die Entschädigungsberechtigung künftig bei 20 Prozent AdE beginnen. Grundsätzlich soll jeder Beschädigte freie Heilbehandlung erhalten, gleich, wie hoch sein Erwerbsminderungsgrad angesetzt ist.

Es besteht freilich wenig Hoffnung darauf, daß diese vernünftigen und gerechten Vorschläge in Bonn gebührendes Echo finden. Sie kommen zudem in einem Augenblick, da die Bundesregierung mit ihrem Entwurf für ein Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz die Leistungen für Unfallrentner radikal herabsetzen will. Unfallversehrte bis zum Grad von 25 Prozent Erwerbsminderung sollen danach künftig überhaupt keine Rentmehr erhalten. "Bagatelischäden" nennt man ihren Leistungsverlust, das Fehlen von ein paar Fingern beispielsweise kann nach dieser Auffassung leicht verschmerzt werden. Findet sich gegen diesen Regierungsentwurf im Bundestag keine Mehrheit zusammen, dann fallen künftig für beinahe die Hälfte aller Unfallversehrten die Renten weg.

Die Hoffnungen auf eine gründliche Reform unserer Sozialgesetzgebung, vom Regierungslager nur noch gelegentlich in der Propaganda künstlich genährt, schmelzen dahin wie der Schnee in der Sonne. Es sei denn, man sieht in der Verschlechterung der Rentengesetze auch eine "Reform"...

Kinderarbeit in der Zone

G.B. Es gehört zu den Eigenheiten kommunistischer Staatsgebilde, dass sie das, was sie in anderen, "kapitalistischen" Ländern bekämpfen, selbst praktizieren und moralisch und politisch rechtfertigen. So wird in den Schulbüchern der Zone die Kinderarbeit in frühkapitalistischer Zeit, vornehmlich in England, verdammt. Gleichzeitig aber meldet die SED-Presse voll Stolz die Taten sechs- bis vierzehnjähriger Kinder bei der "freiwilligen" Aufbauarbeit. Anderthalb Millionen Stunden sind es, die diese Kinder bei der Enttrümmerung oder der Ernte unter dem Motto "Gute Taten für den Sozialismus" der Zonenwirtschaft eingebracht haben. Ständig laufen sogenannte "Blitz"-Aktionen, bei denen entweder Strom gespart, Schrott gesammelt oder bei Bauvorhaben geholfen werden soll. Allein durch die Kinder der "Jungen-Pionier"-Organisation kamen 30 000 Tonnen Schrott, über 3000 Tonnen Altstoffe und 180 Tonnen Buntmetall zusammen. In der staatlichen Land- und Forstwirtschaft haben Kinder 7000 Hektar Mais angebaut und mehr als zweieinhalb Millionen Bäume gepflanzt.

Hier ist die Kinderarbeit also schon zu einem System geworden. Mit dem neuen Schuljahr wurde in der Zone das Fach "Werken und praktische Arbeit" eingeführt, das den Arbeitseinsatz der Kinder - der bislang im allgemeinen auf die Ferien beschränkt war - auch während der Schulzeit organisiert. Von der siebenten Klasse ab steigerte sich die Leistungen in Industriebetrieben und auf Staatsgütern bereits zu einem fünf-stündigen Arbeitstag in der Woche. Auch das Schulfach "Grundlagen der Produktion" sieht 150 Arbeitsstunden im Jahr vor.

Mit allen Mitteln der Propaganda wird über die Pflichtfächer hinaus zu freiwilliger Mehrarbeit angefeuert. In "Roten Büchern" werden die Taten der einzelnen Pionier-Gruppen verzeichnet, es gibt Aufbau-nadeln für die Hilfe beim sogenannten Nationalen Aufbauwerk, laufend werden die Sieger im Wettbewerb öffentlich belobigt und ausgezeichnet. Für schwer können sich die Kinder oder ihre Eltern dieser Aufforderungen entziehen. Indem man die kleinsten Staatsbürger also in den allgemeinen Arbeitsprozess einspannt, lässt man sie für die Kriegs-folgen und auch für die Fehler im Wirtschaftssystem der Zone aufkom-men. So wird die Ausbeutung auf die Spitze getrieben - denn alle diese Arbeiten bleiben unbezahlt.